

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

☒ + ☎ Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

www.berlin.de/sen/bjf

Sen
Frau Scheeres

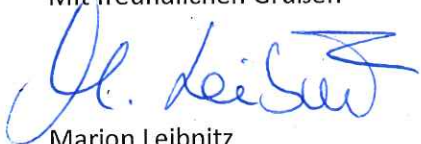
Geschäftszeichen	GPR Sekr.
Bearbeitung	Vorstand / Anja Böhm
Zimmer	1A23
Telefon	(030) 90227 6800
Zentrale ■ intern	(030) 90227 5050 ■ 9227
Fax	+49 30 90227 6851
E-Mail	GPR@senbjf.berlin.de
Datum	20.11.2020

Antwort auf Ihr Schreiben an die Schulleitungen im Land Berlin vom 13.11.2020

Sehr geehrte Senatorin Frau Scheeres,

im Anhang befindet sich ein offener Brief des Gesamtpersonalrats an Sie. Wir werden diesen Brief den örtlichen Personalräten zur Kenntnis vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen



Marion Leibnitz
-Vorsitzende des GPR-

Antwort auf Ihr Schreiben an die Schulleitungen im Land Berlin vom 13.11.2020

Sehr geehrte Senatorin Frau Scheeres,

seit Ausbruch der Pandemie im Frühjahr 2020 und den Schulschließungen im März 2020 kritisieren die Personalräte (unser erstes Schreiben datiert vom 17.03.2020) regelmäßig die Nicht-/ die zu spät erfolgte Beteiligung bzw. die fehlende Information der Gremien.

Jetzt mussten wir erneut feststellen, dass das o.g. Schreiben uns erst erreicht hat, nachdem Ihre Presseerklärung veröffentlicht und durch die Medien aufgegriffen wurde.

Wir weisen Sie erneut darauf hin, dass Sie nach § 73 PersVG verpflichtet sind, die Personalräte rechtzeitig und umfassend zu informieren.

In unserem Schreiben vom 25.08.2020 wiesen wir Sie zum wiederholten Male auf die Missstände die Information und die Beteiligung der Personalräte betreffend hin.

Wir stellen fest, dass Sie

- a) auf die Schreiben nicht schriftlich reagiert und
- b) der Durchsetzung des PersVG Berlin in Ihrem Hause als Verantwortliche keine Priorität eingeräumt haben.

Wir bedauern zutiefst, dass weder Sie noch Ihre Verwaltung die Erfahrungen des Frühjahrs mit uns als Interessenvertreterin der Beschäftigten evaluiert haben. Selbstverständlich ist das hohe Recht auf Bildung für alle Schüler*innen umzusetzen. Selbstverständlich müssen umfassende Maßnahmen getroffen werden, dass die Entwicklung von Schuldistanzen nicht wieder vorkommen.

Sie haben das zurückliegende dreiviertel Jahr nicht genutzt, Vorkehrungen zur Sicherung des Schulbetriebes in der zweiten Phase der Pandemie zu sichern.

Im Gegenteil: Wir stellen fest, dass es in der 2. Welle der Pandemie nicht geordneter oder verbindlicher zugeht.

So fehlt es weiterhin an den notwendigsten Dingen in den Schulen:

- Wo sind die versprochenen E-Mailadressen für die Kolleg*innen?
- Wo sind die mobilen Endgeräte und damit die Möglichkeiten online zu arbeiten?
- Die flächendeckende und ausreichende Ausstattung mit FFP 2 Masken?

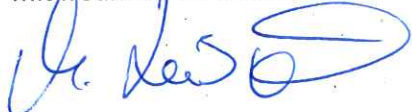
Der gegenwärtige Schulalltag geschieht auf Kosten der Gesundheit und Arbeitsbelastung der Kolleg*innen vor Ort.

Virologen und Sie selber bestätigen im o.g. Schreiben, dass das derzeitige Infektionsrisiko von der Altersgruppe 15-19 ausgeht. Ihre Reaktion daraufhin ist, dass alle an weiterführenden Schulen jetzt die Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen haben.

Wir fordern Sie erneut auf, stellen Sie den Gesundheitsschutz der Beschäftigten der Berliner Schulen an die erste Stelle. Setzen Sie verbindlich die Empfehlungen des RKI um. Implementieren Sie verlässlich die Richtwerte des RKI in die Corona- Stufenpläne und **hören Sie auf das, was aus den Schulen als Erfahrungen und Vorschlägen kommt.**

Kommen Sie Ihrer Fürsorgepflicht als Arbeitgeberin gegenüber den Pädagog*innen endlich nach.

Mit freundlichen Grüßen



Marion Leibnitz

-Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der allgemeinbildenden Schulen-